

Wahlprüfstein DIE LINKE

Katholische Landjugendbewegung Deutschlands e.V. (KLJB)
Drachenfelsstraße 23
53604 Bad Honnef-Rhöndorf

Bedürfnisse junger Menschen in ländlichen Räumen

Vorbemerkung: Aufgrund der z. T. sehr allgemeinen Fragestellungen bitten wir um Verständnis, dass wir die Begrenzung von 500 Zeichen - oder 4 SMS - nicht einhalten konnten für eine befriedigende Antwort (insbes. Frage 8).

Grüne Gentechnik

1. Wie ist Ihre Position zum Einsatz grüner Gentechnik in der Landwirtschaft in Deutschland in der EU?

DIE LINKE lehnt die Agro-Gentechnik ab. Agro-Gentechnik widerspricht dem Umwelt- und Verbraucherschutz, ist volkswirtschaftlich teuer und nutzlos. Sie vertieft die bereits bestehenden Abhängigkeiten zwischen der Landwirtschaft und den Saatgut- bzw. Agrarkonzernen. Gentechnikfreie Regionen sollten unterstützt werden. Ziel bleibt ein gentechnikfreies Europa. Das nationale Gentechnikgesetz ist zu verschärfen und die Regelungen zum Standortregister sind zu erweitern. Die Kontrollbehörden der Bundesländer sind personell zu verstärken. Der Gentech-Mais MON 810 muss weiterhin verboten bleiben. Die Gentech-Kartoffel Amflora ist zu verbieten, die Imkerei wirksam vor Gentech-Verunreinigungen zu schützen.

DIE LINKE spricht sich für die Nulltoleranz aus. Gentechnikfreies Saatgut muss auch weiterhin gentechnikfrei sein. Daher lehnt DIE LINKE jeden Schwellenwert über der technisch machbaren Nachweisgrenze ab. Die Zukunft der gentechnikfreien Landwirtschaft und Imkerei hängt vom gentechnikfreien Saatgut ab. Im Sinne des Verbraucherschutzes wird eine umfassende Lebensmittel-Kennzeichnung im Zusammenhang mit der Agro-Gentechnik benötigt. Die so genannte „Kennzeichnungslücke“ bei Produkten von Tieren gilt es zu schließen, wenn die Tiere mit Gentech-Futter gefüttert wurden.

Nachhaltige Landwirtschaft

2. Was werden Sie in Regierungsverantwortung unternehmen, um eine sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltige Landwirtschaft zu etablieren?

Für die LINKE ist eine sozial-ökologische Ausrichtung der Agrarpolitik von großer Bedeutung. Die Arbeit in der Landwirtschaft muss besser honoriert werden. Das geht zum einen über die bundesweite Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro pro Stunde, zum anderen über gerechte Erzeugerpreise nach dem Motto: Faire Preise, faire Löhne. Eine gerechte Einkommensverteilung ermöglicht auch die Bezahlung fairer, kostendeckender Erzeugerpreise. Eine Reihe von Maßnahmen ist dazu denkbar. So gilt es vor allem, die Marktposition der Bäuerinnen und Bauern in der Lebensmittelkette zu verbessern und zu einer Erzeugung zu kommen, die stärker auf

eine regionale Wertschöpfung orientiert.

Zudem muss die Ausrichtung der Erzeugung aus unserer Sicht verändert werden: weg vom Mantra der Exportorientierung der deutschen Agrarwirtschaft hin zu einer ökologisch verträglicheren und von der Gesellschaft akzeptierten Wirtschaftsweise. Grünlanderhalt, Erhalt der biologischen Vielfalt in den landwirtschaftlich geprägten Ökosystemen, Gewässer-, Tier- und Ressourcenschutz sowie Beiträge zum Klimaschutz sind wichtige Belange, in denen die Landwirtschaft künftig noch sehr viel stärker gefordert ist als bislang. DIE LINKE fordert eine sehr viel engere Koppelung öffentlicher Gelder aus der europäischen sowie nationalen Agrarförderung an soziale und ökologische Leistungen. Die Direktzahlungen der EU sollen komplett an die Erbringung sozial-ökologischer Leistungen gekoppelt werden. Zudem muss die 2. Säule der EU-Förderung mit einem Ausbau der Agrarumweltprogramme und der ländlichen Entwicklung gestärkt werden.

Ländliche Räume

3. Was tun Sie dafür, dass ländliche Räume als Lebensräume für Jugendliche und junge Erwachsene attraktiv und wirtschaftlich überlebensfähig bleiben/werden?

DIE LINKE setzt auch zukünftig auf den Anspruch gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Regionen Deutschlands. Ländliche Räume dürfen dabei nicht unter den Tisch fallen. Das bedeutet, dass künftig der gesamtgesellschaftliche Beitrag zum Erhalt attraktiver ländlicher Räume steigen muss. Insbesondere gilt das für den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur und für öffentliche Investitionen in ländlichen Gebieten.

Die bisherigen Ansätze zur Diversifizierung der Einkommen in ländlichen Regionen müssen weiterverfolgt und ggf. intensiviert werden. Auch gilt es wieder stärker nach einer gerechten Verteilung öffentlicher Einrichtungen und öffentlich finanzierter Institutionen zu schauen. Bei der Entwicklung ländlicher Räume kann auf staatliche Investitionen nicht verzichtet werden.

Lebensmittel

4. Es bilden sich zunehmend Oligopole im Lebensmittelmarkt. Was gedenken Sie gegen die Konzentration der Marktmacht der Supermarktketten zu unternehmen?

DIE LINKE kritisiert die Marktmacht im Lebensmitteleinzelhandel (LEH). Das führt zu negativen Folgen für Hersteller, Landwirte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im In- und Ausland und Verbraucherinnen und Verbraucher gleichermaßen.

Wichtig ist uns, dass Marktmacht bereits im Vorfeld verhindert wird. Lebensmittelproduzenten und -lieferanten sind von den großen LEH-Ketten abhängig. Es gilt, das wettbewerbspolitische Leitbild zu überdenken, das Wettbewerbsrecht nachzubessern und die Schwellenwerte für eine Fusionskontrolle mit Blick auf Nachfragemacht niedriger anzusetzen. Das Wettbewerbsrecht müsste außerdem um fairen Wettbewerb in der vertikalen Produktionskette ergänzt werden. Unfaire Einkaufspraktiken und Sonderkonditionen wie nachträgliche Vertragsanpassung gegenüber Herstellern und Landwirten sind zu verbieten.

Es muss klare Regeln zum fairen Umgang in der Produktionskette geben. Das könnte über einen verbindlichen Kodex für den Lebensmitteleinzelhandel und Hersteller geschehen, in dem diese sich gegenseitig zur Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards in ihrer Lieferkette verpflichten. Das muss kontrolliert bzw. die Nichteinhaltung sanktioniert werden.

Lebensmittel sind mehr und mehr ein Vertrauensgut. Verbraucherinnen und Verbraucher können

anhand der Preise die Qualitäten der Produkte nicht richtig einschätzen. Daher fordert DIE LINKE im Verbraucherinformationsgesetz den Verbraucherinnen und Verbraucher einen direkten Auskunftsanspruch gegenüber den Unternehmen über deren soziale und ökologische Standards einzuräumen. Außerdem soll die Herkunft der in den Produkten verwendeten Zutaten klar gekennzeichnet werden. Die Verbrauchertäuschung durch unlautere Produktwerbung muss angegangen werden.

Entwicklungspolitik

5. Wie werden Sie die zugesagten 0,7 Prozent des BIP für die Entwicklungszusammenarbeit erreichen und bis wann?

Als im September 2011, genau zur Hälfte der Legislaturperiode, der „Entwicklungspolitische Konsens“ veröffentlicht wurde, haben ihn alle Abgeordneten der Linksfraktion unterzeichnet. Der Konsens war von Entwicklungspolitiker/innen aller Fraktionen initiiert worden. Er rief dazu auf, im Haushalt die Weichen so zu stellen, dass das Finanzierungsversprechen doch noch erreicht werden kann. Insgesamt haben 372 Bundestagsabgeordnete unterzeichnet – die deutliche Mehrheit aller Abgeordneten. Passiert ist nichts. Im Gegenteil: Für das aktuelle Haushaltsjahr wurde der Entwicklungsetat erstmals zurückgefahren. Das 0,7-Ziel ist in weite Ferne gerückt. Die Linksfraktion hat in jeder Haushaltsberatung deutliche Aufstockungen gefordert, die sicherstellen sollten, dass das Finanzierungsziel bis 2015 erreicht werden kann. Zuletzt forderten wir 2 Mrd. Euro mehr für den BMZ-Etat für 2013 mit Schwerpunkten: Verstärkung der multilateralen Entwicklungsfinanzierung, Budgethilfe und Übergangshilfe. Besonders wichtig ist uns die Aufwertung von Instrumenten der zivilen Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung, insbesondere eine erhebliche Aufstockung des Zivilen Friedensdienstes. Auch wollen wir die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland, die zuletzt immer stärker unter dem Zugriff durch die Bundesregierung zu leiden hatte, verstärken und vor allem unabhängig gestalten.

Umverteilungspotenzial ist reichlich vorhanden. Milliarden Euro werden für die Beschaffung von Rüstungsgütern ausgegeben. Hier hat die Linksfraktion Einsparungsvorschläge eingebracht. Die Linksfraktion wird sich außerdem dafür einsetzen, dass die Mittel aus der Finanztransaktionssteuer, wenn sie denn bald kommt, für die weltweite Armutsbekämpfung eingesetzt werden.

Ernährungssicherheit

6. Wie wollen Sie eine globale Ernährungssicherung gewährleisten und welche Rolle kann darin Ernährungssouveränität spielen?

Wir unterstützen das Prinzip der Ernährungssouveränität, wollen lokale Märkte schützen und entwickeln und die landwirtschaftliche Produktion nicht immer weiter auf die internationale Vermarktung ausrichten. DIE LINKE setzt sich gegen Landraub und für eine soziale und selbstbestimmte ländliche Entwicklung und die Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung ein. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und eine gerechte Land- und Ressourcenverteilung müssen ins Zentrum der Förderung rücken, die lokalen Produzentinnen und Produzenten vor Preis-Dumping, Verdrängungswettbewerb und dem Vormarsch der Gentechnik geschützt werden.

Um die Nahrungsmittelkrise wirksam zu bekämpfen und Ernährungssouveränität herzustellen, müssen die Agrarmärkte von den Finanzmärkten getrennt und ein nicht-marktbasiertes Verteilungssystem für Nahrungsmittel aufgebaut werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass staatliche, international koordinierte und kontrollierte Nahrungsmittelreserven forciert werden, um der Volatilität auf den Agrarmärkten zu begegnen und auf Nahrungskrisen reagieren zu können. Die

Preisvolatilität bei Nahrungsmitteln wird auch durch das Vordringen des Biomasse-Anbaus gefördert. Der Import von Kraft- und Brennstoffen aus Biomasse in die Europäische Union muss deshalb verboten werden.

Auf die Länder des Südens darf kein Druck ausgeübt werden, ihre Agrarmärkte zu öffnen. Die Linksfraktion hat sich im Bundestag allen Freihandelsabkommen, die die EU mit Entwicklungs- und Schwellenländern abschließen will, entgegengestellt und in vielen Anträgen Forderungen an eine solidarische Handelspolitik formuliert, die die Ernährungssouveränität und eine selbstbestimmte Entwicklung fördert, anstatt Abhängigkeiten zu verstärken.

Die Agrarsubventionen in der EU müssen sozial und ökologisch umgelenkt, die Überkapazitäten europäischer Fischfangflotten abgebaut, Raubfischerei entschieden entgegengetreten werden.

Tempolimit auf Autobahnen

7. Wie steht ihre Partei zu einem allgemeinen Tempolimit auf Autobahnen?
DIE LINKE setzt sich für ein Tempolimit von 120 Stundenkilometern auf Autobahnen ein. Das nutzt dem Klima, verhindert Lärm und rettet Menschenleben.

Energieversorgung

8. Wie sieht nach Ihrer Zielsetzung die Energieversorgung im Jahr 2050 aus (Gesamtenergieverbrauch inklusive Strom, Wärme, Verkehr, Produktion)?
Der Energieverbrauch im Jahr 2050 erfolgt zu über 90 Prozent aus erneuerbaren Energien, bei gleichzeitig drastisch verminderten Energieverbrauch. Die Stromversorgung wird schon lange vor 2050 vollständig auf vornehmlich dezentrale erneuerbare Energien umgestellt sein. Der Restwärmebedarf des sanierten Gebäudebestandes wird erneuerbar erzeugt, in einigen Denkmalsgeschützten Häusern auch durch elektrische Heizungen gedeckt. Neubauten sind 2050 schon lange PlusEnergie-Häuser. Nur die Sektoren Verkehr und Industrie werden noch in geringem Umfang auf fossile Rohstoffe zurückgreifen müssen. Details zu unseren Vorstellungen für das Jahr 2050 sind nachzulesen unter www.plan-b-mitmachen.de.

Demokratie

9. Wie wollen Sie Jugendliche besser an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen?
DIE LINKE. setzt sich bundesweit für eine Stärkung der direkten Demokratie ein und hat dazu Gesetzesinitiativen zur Einführung der Volksgesetzgebung (Volksbegehren und Volksentscheid) eingebracht. Wir fordern weiterhin die Ausweitung und Verbesserung der Möglichkeiten, sich nach den Informationsfreiheitsgesetzen jederzeit zu informieren, die Verwaltung und Parlamente betreffenden Geheimhaltungsvorschriften streng und so eng wie möglich gesetzlich zu regeln, die öffentliche Beratung und verpflichtende Konsultation betroffener Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsverfahren als Regel vorzusehen sowie den Einfluss von Lobbyisten insbesondere auf Gesetzgebungsverfahren zurückzudrängen. Erst eine mit diesen Maßnahmen für alle erlebbar gestaltete demokratische Kultur wird sich auch auf die Beteiligung von Jugendlichen nachhaltig auswirken können. Zwar gibt es schon jetzt in vielen Bundesländern die Möglichkeit, z.B. in SchülerInnenvertretungen aktiv zu werden, sich in politischen Verbänden zu engagieren oder bei Jugendparlamenten teilzunehmen. Natürlich müssen auch diese Möglichkeiten gestärkt und ausgebaut werden. Auch fordert DIE LINKE. die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, womit schon

früher politische Verantwortung durch Jugendliche übernommen werden kann. Doch die eigentlich zentrale Frage ist heute leider noch nicht, wie man (auch) Jugendliche besser an den politischen Entscheidungsprozessen beteiligen kann, sondern wie bei ihnen überhaupt wieder ein Interesse an der Beteiligung und politischen Fragen geweckt werden kann. Selektierende Schulsysteme, fehlende Ausbildungsplätze, ein Mangel an Zukunftsperspektiven und nicht selten viel zu frühe Armutserfahrungen, die mit Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben einhergehen, sind Faktoren, die der jungen Generation ein Ankommen in der Gesellschaft erschweren. Der Weg zur Einbeziehung Jugendlicher in politische Entscheidungsprozesse ist somit auch untrennbar verbunden mit einer ernsthaften Jugendpolitik.

Geschlechtergerechtigkeit

10. Welche Ziele hat ihre Partei in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit und welche Maßnahmen planen Sie, um diese zu erreichen?

DIE LINKE. fordert:

- Hinsichtlich der Partizipation von Frauen im Erwerbsleben steht DIE LINKE konsequent für Halbe-Halbe. Wir fordern endlich ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft.
- Keine staatliche Subvention des überholten Familienmodells mit dem Mann als Ernährer und der Frau als Zuverdienerin. Das Renten-, Steuer-, Sozial- und Familienrecht müssen reformiert werden.
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Der bundesdeutsche Gender Pay Gap von 22% muss bekämpft werden, ein Mindestlohn eingeführt und Minijobs als zentrale Stützpfiler des Niedriglohnssektors mit sozialversicherungspflichtiger Arbeit gleichgestellt werden.

fairer Handel

11. Wie garantieren Sie eine öko-faire Beschaffung in der Verwaltung auf Bund-, Länder- und Gemeindeebene (z.B. bei Lebensmitteln, Büromaterialien, Berufsbekleidung)?

Die Wirtschaftspolitik hat die Aufgabe, Normen im Markt festzulegen, die sozialen und ökologischen Grundrechte höher zu stellen als die Freiheit von Unternehmen, mit Dumpinglöhnen und auf Kosten der Umwelt an Aufträge zu gelangen. Deshalb fordern wir bei öffentlichen Aufträgen und Beschaffungen Tariftreue, die Einhaltung ökologischer und sozialer Kriterien sowie eine wirksame Kontrolle und Sanktionsmöglichkeiten. In diesem Sinne hat DIE LINKE. bei der Modernisierung des Vergaberechtes in der letzten Legislaturperiode einen Antrag in den Bundestag eingebracht, sowie auf NRW-Ebene eine Massenpetition gestartet. Wie ernst uns eine sozial und ökologisch faire Beschaffung ist, sieht man an dem Berliner Vergabegesetz, das 2010 vom damals rot-roten Senat verabschiedet wurde. Mit diesem beispielhaften Vergabegesetz kann die Senatsverwaltung zukünftig für alle Vergabestellen des Landes Berlin verbindliche umweltbezogene Anforderungen bei der Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen stellen.